

Verein dowas: Drei Empfehlungen zur Bekämpfung von Armut für ein künftiges Regierungsprogramm

Der Verein dowas rückt angesichts der bevorstehenden Regierungsverhandlungen drei wichtige Programmpunkte zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in den Vordergrund: Gleichberechtigung der Geschlechter, leistbares Wohnen und armutsfeste Transferleistungen.

„Die Dazuverdienerinnen von heute sind die Armutsbetroffenen von morgen“, betont Geschäftsführer Ferdinand Koller mit Blick auf den großen Unterschied in der Erwerbstätigkeit zwischen Männern und Frauen. Die geringe Erwerbstätigkeit von Frauen aufgrund traditioneller Rollenbilder und struktureller Mängel stellt für Frauen ein erhebliches Risiko dar, bei späterer Arbeitslosigkeit, Krankheit oder in der Pension von Armut betroffen zu sein. „Wer das Thema Gleichberechtigung ernst nimmt, muss Kinderbetreuungsangebote ausbauen und Anreize schaffen, um Frauen in höherem Ausmaß in Beschäftigung zu bringen. Anstatt eines Vollzeitbonus oder der steuerlichen Begünstigung von Überstunden sollten Anreize für mehr gleichberechtigte Elternschaft geschaffen werden, beispielsweise in Form eines Bonus für Eltern, die gleichberechtigte Elternschaft leben. Anreize für Vollbeschäftigung oder Überstunden bergen das Risiko, das Gegenteil zu bewirken: die Männer arbeiten noch mehr, die Frauen noch weniger.“

Das Thema leistbares Wohnen war im Wahlkampf sehr präsent. Die kommende Landesregierung muss ein ambitioniertes Bauprogramm von mindestens 1000 neuen Wohnungen pro Jahr vorlegen, um dem zunehmenden Bedarf gerecht zu werden. „Die bei manchen Parteien starke Fokussierung auf leistbares Eigentum oder Mietkauf geht am Bedarf des Großteils der Bevölkerung vorbei“, stellt Ferdinand Koller fest, „was wir brauchen sind gemeinnützige Mietwohnungen mit unbefristeten Mietverträgen in hoher Zahl und in allen Gemeinden des Landes.“

Das soziale Netz muss durch armutsfeste Transferleistungen gestärkt werden. Haushalte, die temporär oder dauerhaft nicht genug Einkommen erzielen können, benötigen angemessene und wertgesicherte Transferleistungen wie Wohnbeihilfe oder Sozialhilfe. „Eine künftige Landesregierung muss diese Leistungen dem tatsächlichen Bedarf anpassen und regelmäßig erhöhen, um Armut und negative Folgeerscheinungen wie schlechte Gesundheit abzumildern und damit hohe Folgekosten zu vermeiden“, fordert Ferdinand Koller. Kinder sind die Hauptbetroffenen von Armut, bereits angedachte Modelle in Richtung einer Kindergrundsicherung sollten weiterverfolgt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, armutsbetroffene Erwachsene nicht zu vergessen und auch deren Situation zu verbessern. Zusätzliche Anreize zur Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbsarbeit oder Ausbildung sollten geschaffen werden. „Sanktionen gegen den Missbrauch von Sozialleistungen und Bedarfsprüfungen gibt es jedoch schon genug“, berichtet Ferdinand Koller aus der Praxis, „denn das soziale Netz gleicht schon jetzt mehr einem Nagelbrett als einer Hängematte: Personen, die Transferleistungen bekommen müssen ständig neue Nachweise über ihren Anspruch liefern, bei fehlenden Nachweisen kommt es sehr schnell zu existenzgefährdenden Kürzungen.“

Rückfragehinweis:

Ferdinand Koller

ferdinand.koller@dowas.at

0650 4638257

www.dowas.at